



Rat der
Europäischen Union

047944/EU XXVII. GP
Eingelangt am 25/01/21

Brüssel, den 25. Januar 2021
(OR. en)

5582/21

COLAC 5
CFSP/PESC 48

BERATUNGSERGEBNISSE

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Delegationen

Nr. Vordok.: ST 5299 2021

Betr.: Schlussfolgerungen des Rates zu Venezuela (25. Januar 2021)

Die Delegationen erhalten anbei die Schlussfolgerungen des Rates zu Venezuela, die der Rat (Auswärtige Angelegenheiten) auf seiner Tagung vom 25. Januar 2021 angenommen hat.

Schlussfolgerungen des Rates zu Venezuela

1. Die Europäische Union (EU) verweist auf ihre Schlussfolgerungen vom Juli 2016, Mai und November 2017 und Mai 2018 sowie auf die früheren Erklärungen der EU zu Venezuela, insbesondere die Erklärungen des Hohen Vertreters im Namen der EU vom 7. Dezember 2020 und vom 6. Januar 2021.
2. Die EU bedauert zutiefst, dass bei den Parlamentswahlen vom 6. Dezember 2020 eine Chance für die Demokratie vertan wurde, da sie ohne nationales Einvernehmen über die Wahlbedingungen abgehalten und die internationalen Standards für einen demokratischen Prozess nicht eingehalten wurden. Folglich kann die EU diesen Wahlprozess nicht als glaubwürdig, inklusiv oder transparent anerkennen; das Ergebnis kann daher nicht als repräsentativ für den demokratischen Willen des venezolanischen Volkes angesehen werden. Die EU bedauert zutiefst die Maßnahmen der Maduro-Regierung, die den demokratischen Raum im Land erheblich eingeschränkt und die Lösung der tiefgreifenden politischen Krise in Venezuela dauerhaft verhindert haben.
3. Die EU bekräftigt ihre Unterstützung für all jene, die auf eine demokratische Zukunft Venezuelas hinarbeiten. Die EU fordert erneut die Garantie aller politischen und bürgerlichen Rechte, die unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen und die Freiheit und Sicherheit aller politischen Gegner, vor allem der in die Nationalversammlung von 2015 gewählten Vertreter der Oppositionsparteien, insbesondere Juan Guaidó, sowie anderer Vertreter der demokratischen Opposition. Die EU betrachtet sie als wichtige Akteure und privilegierte Gesprächspartner und ermutigt die demokratische Opposition, im Hinblick auf einen inklusiven Prozess des Dialogs und der Verhandlungen geschlossen aufzutreten.

4. Der einzige Weg aus der Krise in Venezuela besteht darin, die politischen Verhandlungen unverzüglich wieder aufzunehmen und dringend einen von Venezuela geleiteten Dialog- und Übergangsprozess einzuleiten, der zu glaubwürdigen, inklusiven und transparenten Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen führt. Um erfolgreich zu sein, muss dieser Verhandlungsprozess inklusiv sein und Vertreter der Behörden und der demokratischen Opposition sowie Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen einbeziehen. Ein erfolgreicher Übergang Venezuelas zu Demokratie und Stabilität erfordert schwierige Kompromisse. In dieser kritischen Phase müssen die Interessen des venezolanischen Volkes für die venezolanischen Führungsspitzen im Vordergrund stehen. Die EU ist bereit, einen solchen inklusiven Prozess zu unterstützen, unter anderem durch Wahlbeobachtungsmissionen.
5. Die Menschenrechte müssen geachtet werden. Es gibt keinen Weg aus der politischen Krise in Venezuela, wenn seine Bürgerinnen und Bürger und ihre Familien Verhaftung und Verfolgung fürchten müssen, weil sie ihre Grundrechte und Grundfreiheiten wahrnehmen. Die EU wird bei Repressionen aller Art, insbesondere gegen Mitglieder der Opposition sowie Vertreter unabhängiger Medien und der Zivilgesellschaft, besondere Wachsamkeit walten lassen. Die EU betont, dass sie die Arbeit der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte und der Unabhängigen Erkundungsmission der Vereinten Nationen unterstützt. Personen, die für außergerichtliche Hinrichtungen, Verschwindenlassen, willkürliche Inhaftierungen und Folter verantwortlich sind, müssen zur Rechenschaft gezogen werden, und es gilt, weitere Handlungen dieser Art zu verhindern.
6. Angesichts der sich verschlechternden Lage in Bezug auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Venezuela ist die EU bereit, zusätzliche gezielte restriktive Maßnahmen gegen Personen zu erlassen, die die Demokratie oder die Rechtsstaatlichkeit untergraben und für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Diese Maßnahmen sollen der venezolanischen Bevölkerung nicht schaden und können rückgängig gemacht werden.

7. Die EU ist nach wie vor tief besorgt über die zunehmend hoffnungslose humanitäre Notlage in Venezuela, die durch die Auswirkungen von COVID-19 verschärft wird und dringend angegangen werden muss. Dazu gehören der uneingeschränkte und ungehinderte Zugang für humanitäre Helfer und Hilfsgüter sowie die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für humanitäre Akteure, insbesondere NRO, damit sie ihre Arbeit ohne Einschüchterung ausüben können, und zwar unter uneingeschränkter Achtung der humanitären Grundsätze der Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit. Angesichts der Dringlichkeit und Größenordnung des Bedarfs wird die EU die venezolanische Bevölkerung weiterhin unterstützen, indem sie ihr soziales Gefüge stärkt und internationale und lokale humanitäre und entwicklungspolitische Akteure unterstützt. Die EU würdigt die anhaltende Resilienz und Großzügigkeit der Aufnahmegemeinschaften in der Region und wird die sozioökonomische Inklusion der Venezolanerinnen und Venezolaner in diesen Gemeinschaften unterstützen. Die EU betont zwar, dass der unmittelbare Bedarf an humanitärer Hilfe angegangen werden muss, ist aber der Auffassung, dass der einzige langfristige Ansatz zur Deckung dieses Bedarfs darin besteht, eine politische Lösung für die derzeitige Krise zu finden.
8. Die EU wird weiterhin alle Akteure in Venezuela einbeziehen und mit ihnen zusammenarbeiten, um einen friedlichen Dialog und eine demokratische und nachhaltige Lösung für die Krise in Venezuela zu fördern. Zu diesem Zweck wird die EU auch weiterhin eng mit ihren gleichgesinnten internationalen Partnern zusammenarbeiten, insbesondere im Rahmen der internationalen Kontaktgruppe für Venezuela. Die EU wird sich auch weiterhin mit der Lima-Gruppe und der US-Regierung abstimmen und ihre Maßnahmen zur Kontaktaufnahme mit anderen internationalen und regionalen Akteuren fortsetzen.